

# SCHWÄBISCHES TAGBLATT

DIENSTAG, DEN 16. MÄRZ 1948    VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TUBINGEN, UHLANDSTRASSE 2    4. JAHRGANG / NUMMER 21

## Deutsche Sachverständige für Paris

PARIS. Am gestrigen Montag hat in den Nachmittagsstunden die zweite Pariser Wiederaufbaukonferenz, die über die praktische Durchführung des Marshall-Planes beraten wird, ihren Anfang genommen. Einer der ersten Punkte, der besprochen worden ist, war die Frage der Teilnahme westdeutscher Vertreter an den Beratungen. Delegierte der Oberkommandierenden der westlichen Besatzungszonen, denen deutsche Sachverständige beigegeben werden, sollen nach Paris eingeladen werden.

Die französische Besatzungszone wird an den Arbeiten der Pariser 18er-Konferenz teilnehmen und in den Ausschüssen vertreten sein, die die Durchführungsmaßnahmen des Marshall-Planes für die am ERP beteiligten Länder festlegen.

Der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungszone hat seine Delegierten bereits bestimmt. Diesen werden deutsche Sachverständige, die von den Regierungen der verschiedenen Länder als Vertreter der deutschen Interessen vorgeschlagen werden, zur Seite stehen.

## Bidaults Politik findet Zustimmung

PARIS. Der französische Außenminister Georges Bidault erstattete in der vergangenen Woche der Nationalversammlung Bericht über die internationale Lage.

Der Außenminister betonte die Notwendigkeit der Vereinigung der wirtschaftlichen Hilfsmittel und Kraftquellen aller europäischen Länder zu gemeinsamer Aufbauarbeit. Er wies darauf hin, daß in Mittel- und Osteuropa zurzeit fünfzehn Beistands- und Freundschaftsverträge bestehen und daß Westeuropa das Recht habe, „dasselbe zu tun, was anderswo gemacht wurde“. Der Moment ist heute gekommen, das, was von Europa noch übrig bleibt, so rasch und wirksam als möglich zu organisieren, allerdings im Zeichen der Freiheit.

Im Anschluß an diese Rede billigte die französische Nationalversammlung mit 419 gegen 183 Stimmen die Außenpolitik der Regierung. Alle politischen Kreise Frankreichs stehen zurzeit unter dem Eindruck eines Artikels, den der frühere Finanzminister René Plevin, ein einflussreiches Mitglied der Linksparteien, veröffentlichte. In diesem Artikel fordert Plevin ein Zusammengehen zwischen dem Ministerpräsidenten Robert Schuman und de Gaulle.

In Kreisen der Nationalversammlung ist man sich im klaren darüber, daß die bisherige Regierungsmehrheit einer Verbreiterung bedarf und rechnet mit einer Fühlungnahme zwischen Schuman und de Gaulle.

## Englische Kritik an den USA

LONDON. Der Führer des äußersten linken Flügels der Labour Party, Zilliacus, erklärte am vergangenen Wochenende: „Ziel der Außen- und Militärpolitik der USA ist letzten Endes die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges gegen die Sowjetunion und die Arbeiterklasse Europas, die die Kühnheit hat, zu wünschen, daß der Kapitalismus durch den Sozialismus ersetzt wird.“ Zum Europa-Hilfsprogramm äußerte der Abgeordnete: „Diejenigen, die glauben, daß die USA dieses Geld und alle diese Rohstoffe hergeben werden, ohne gleichzeitig eine wirksame Kontrolle über die Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik der nutzniehenden Länder auszuüben, glauben noch an den Weihnachtsmann.“

In dieser Woche finden, nach einer Mitteilung der britischen Admiralität, die größten Flottenmanöver Englands nach Kriegsende unter Beteiligung von 800 Flugzeugen der Marineflieger, darunter Düsenflugzeugen, statt. Der Präsident der Gesellschaft der Atomwissenschaftler in England vertrat den Standpunkt, daß Großbritannien auch weiterhin seine Marine stark halten müsse. Man dürfe in der Atombombe keineswegs eine Waffe sehen, die irgendeine entscheidende Rolle hinsichtlich des Ausgangs eines Krieges spiele, zumal eine Nation jährlich höchstens 100 solcher Bomben herstellen könne.

## Der finnisch-sowjetische Pakt

HELSINKI. Nachdem der finnische Staatspräsident Paasikivi in der vergangenen Woche der Regierung der UdSSR offiziell die Bereitschaft Finnlands, in Verhandlungen über den Abschluß eines finnisch-sowjetischen Paktes einzutreten, mitgeteilt hatte, übergab nunmehr der russische Botschafter in Finnland die Antwort der Sowjets. Danach ist die UdSSR bereit, die Verhandlungen über einen Freundschaftspakt am 22. März in Moskau aufzunehmen. Der finnische Ministerpräsident Pekkala teilte in einer Rundfunkansprache mit, daß die finnische Delegation Helsinki am 22. März verlassen wird.

## Senat der USA billigt Europahilfsplan

Präsident Truman beantragt Zusatzkredit zur Soforthilfe / Byrnes für Aufrüstung

WASHINGTON. Der Senat der USA billigte in den frühen Morgenstunden des Sonntags nach einer Sitzung von mehr als 12 Stunden Dauer den Wiederaufbauplan für Europa (ERP) mit 69 gegen 17 Stimmen. Bewilligt wurde der von Präsident Truman vorgeschlagene Kredit in Höhe von 5300 Millionen Dollar für die ersten 12 Monate. Der Plan wird nunmehr dem Repräsentantenhaus vorgelegt.

Unter den Einwänden, die von Gegnern des ERP angeführt werden, wären zu nennen: Der Marshall-Plan sei einzig und allein als Mittel zur Bekämpfung des Kommunismus berechtigt, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus habe der Plan keine Existenzberechtigung, da er nur eine Verschwendung bedeute; dadurch, daß die amerikanische Hilfe von den interessierten Regierungen verteilt werde, anstatt Privatunternehmungen zuzufallen, zögen schließlich die „sozialistischen Regierungen“ ihren Gewinn daraus; der Plan stelle keine Schranke gegen die kommunistischen Expansionsbestrebungen dar, da ihm keine entsprechenden politischen und militärischen Maßnahmen beigelegt seien. Einige wenige demokratische Senatoren sehen in dem ERP einen unnötigen feindseligen Akt gegenüber der Sowjetunion.

Präsident Truman richtete am vergangenen Donnerstag an den Sprecher des Repräsentantenhauses ein Schreiben, in dem er vom Kongress Zusatzkredite in Höhe von 55 Millionen Dollar für die Soforthilfe an Frankreich, Italien und Oesterreich verlangte.

Die republikanischen Mitglieder der Kommission für auswärtige Angelegenheiten diskutierten die Möglichkeiten militärischer Hilfeleistung, „besonders in Fällen, da es im Interesse der USA liegt“. Die Aufnahme der militärischen Hilfe für China, Griechenland und die Türkei in das europäische Wiederaufbau-

programm fand die Billigung der Kommission. Anlässlich des Jahrestags der Verkündung der „Truman-Doktrin“ äußerte der Präsident der USA, die jüngsten Ereignisse in Europa hätten sein Vertrauen in die Erhaltung des Friedens erschüttert. Die Welt könne sich jedoch einen dritten Weltkrieg nicht leisten.

Der ehemalige Staatssekretär Byrnes führte in Charleston in Südkarolina in einer Rede aus: „Sind die USA darauf vorbereitet, einer Weltkrise zu begegnen? Nein, sie sind es nicht.“ Die allgemeine Lage könne „in vier bis fünf Wochen eine Wendung nehmen, daß die USA wünschen würden, eine Armee in Uniform und nicht nur auf dem Papier“ zu besitzen. Byrnes trat für die schnelle Einführung der Militärdienstpflicht und eine Verstärkung der amerikanischen Luftstreitkräfte ein. Nach seiner Ansicht besteht „keinerlei wesentlicher Unterschied zwischen den von Hitler im Jahre 1938 angewandten direkten Methoden und den indirekten Methoden Stalins im Jahre 1948. Der Marshall-Plan werde die Russen in diesem Frühjahr nicht aufhalten können, wenn sie die Absicht hätten, „indirekt“ in Italien, Frankreich, Griechenland und der Türkei vorzugehen.“

Der Verteidigungsminister der USA, Forrestal, berät nach Meldungen aus Washington, zurzeit mit dem obersten Generalstab der amerikanischen Streitkräfte über die Aufstellung eines „nationalen Sicherheitsplanes“, um die im Kriegsfall zu treffenden Maßnahmen vorzubereiten.

Die Gouverneure der acht Südstaaten der USA haben sich gegen die Präsidentschaftskandidatur Trumans wie jeder Persönlichkeit, die dem Programm Trumans zustimmt, das unter anderem die Rassendiskriminierung ausschalten will, gewandt.

## Jan Masaryk beigesetzt

Gotwald macht Westen für Tod Masaryks verantwortlich / Werden sich die UN einmischen?

PRAG. Am vergangenen Samstag wurde der ehemalige tschechoslowakische Außenminister Jan Masaryk beigesetzt. Dem Sarge folgten Präsident Beneš, die Familienangehörigen des Verstorbenen, Ministerpräsident Gottwald sowie Abgeordnete des Parlaments und Mitglieder des diplomatischen Korps. Ministerpräsident Gottwald erklärte in seiner Trauerrede: „Ich kann bezeugen, daß sich Jan Masaryk vom ersten Tage der Regierungskrise an deutlich von den Anstiftern dieser Krise distanziert hat. Die Tatsache, daß er sich ihrer Demission nicht anschloß, sondern in der Regierung verblieb, ist ein Beweis dafür, die Feinde der Republik konnten ihm seine Haltung nicht verzeihen. So wurden vier Zeugen eines Verleumdungsdeliktzes des Westens. Wer die Empfindsamkeit Masaryks kannte, wird verstehen, wie schwer es ihm fiel, diesen Angriff auf seine Gefühle und Nerven zu ertragen. Wenn man außerdem seine Krankheit in Rechnung zieht, so erkennt man alle Umstände, die ihn in das tragische Ende getrieben haben. Unter diesem Druck hat Masaryk seinem Leben ein Ende gesetzt.“

Jan Masaryk wurde an der Seite seines Vaters, Thomas Masaryk, in der Familiengruft beigesetzt. Die gesamte Weltpresse beschäftigte sich nach wie vor mit dem Freitod Masaryks und nimmt entsprechend ihrer jeweiligen politischen Einstellung Partei hierzu. Während man im Osten immer wieder behauptet, die Vorwürfe des Westens hätten Masaryk in den Tod getrieben, wird in einem Großteil der westlichen Presse von „indirektem Mord“ gesprochen.

In der Zwischenzeit hat die Tschechoslowakei einen neuen Selbstmordfall zu verzeichnen. Der ehemalige Generalsekretär der kommunistischen Partei (Beneš-Sozialisten) erhängte sich in seiner Gefängniszelle. Eine Schweizer Zeitung veröffentlichte einen Brief Masaryks, in dem zu lesen ist: „Solange ich der Regierung angehören werde, können Sie sicher sein, daß ich mich auf gewisse Garantien stützen werde, die ich für unerlässlich halte, um meinem Lande ein Minimum an Freiheit zu gewährleisten. Sobald Sie aber lesen werden, daß ich mein Amt aus gesund-

heitlichen oder sachlichen Gründen verlassen habe, dürfen Sie annehmen, daß dieses Minimum nicht mehr existiert.“

Die tschechoslowakische verfassunggebende Versammlung nahm einstimmig das von Ministerpräsident Gottwald am vergangenen Mittwoch verkündete Regierungsprogramm an. Damit hat die Versammlung der Regierung zugleich ihr Vertrauen ausgesprochen.

Im Zuge der Säuberungsmaßnahmen sind 25 Generale und 430 höhere Offiziere aus der tschechoslowakischen Armee entlassen worden. Vier Reservistenjahrgänge wurden in den letzten Tagen einberufen.

In den bayerischen Auffanglagern sind bisher 563 tschechische Flüchtlinge eingetroffen, unter ihnen der ehemalige Generalsekretär der sozialdemokratischen Partei, Täglic über-schreiten etwa 50 Personen die Grenze.

Inzwischen haben auch die tschechoslowakischen Vertreter in Oslo, London, Los Angeles, Buenos Aires, Sydney, Ankara und am Heiligen Stuhl demissioniert.

Der Generalsekretär der UN, Trygve Lie, hat die Klage des Delegierten der Tschechoslowakei beim Sicherheitsrat, Papanek, die UN müsse sich mit der Einmischung der UdSSR in der tschechoslowakischen Regierung und mit dem Regierungsumsturz in Prag befassen, abgelehnt. Daraufhin hat der chilenische Botschafter im Namen seiner Regierung den Generalsekretär gebeten, die Anklage Papaneks an den Sicherheitsrat weiterzuleiten. Radio Prag nannte diesen Antrag Chiles „eine unverschämte Provokation.“

Nach letzten Meldungen wird die amerikanische Delegation bei den UN auf Weisung des Staatsdepartements die Beschwerde Chiles über die jüngsten Ereignisse in der Tschechoslowakei unterstützen und darauf bestehen, daß dieser Fall auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates gesetzt werde.

Auch Großbritannien scheint sich der amerikanischen Entscheidung anschließen zu wollen. Man nimmt an, daß der Vertreter der UdSSR, Gromyko, feststellen wird, der Sicherheitsrat sei nicht zuständig, da es sich um interne Angelegenheiten eines souveränen Staates handele.

## Eine Freundschaft England-Türkei

LONDON. Anlässlich eines Besuchs des türkischen Außenministers Sadak bei Außenminister Bevin in der vergangenen Woche gab das Foreign Office ein Kommuniqué heraus, wonach in einer einseitigen Unterredung die Interessen beider Länder berührenden Probleme besprochen wurden: „Die Besprechung bot Gelegenheit, die enge Freundschaft hervorzuheben, die beide Regierungen und Länder vereint. Wie in der Vergangenheit, so werden sie auch in Zukunft auf der Basis der englisch-türkischen Allianz von Jahre 1939 zur Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen beiden Ländern und im Interesse des Weltfriedens zusammenarbeiten.“

Der griechische Außenminister Tsaldaris unterrichtete bei einem Aufenthalt in England die britische Presse davon, daß von griechischer Seite der Abschluß eines Paktes zwischen Frankreich, Großbritannien, den Bese-

lux-Staaten, Griechenland und der Türkei in Erwägung gezogen werde. Diese Erklärung wurde in türkischen politischen Kreisen mit Genugtuung aufgenommen, da die Türkei seit langem einen derartigen Vertrag anstrebt. Man hält den Augenblick für gekommen, um einen Zusammenschluß der Nationen, die dem russischen Expansionsdrang Widerstand leisten wollen, herbeizuführen und legt sich die Frage vor: Wird die Türkei eines der nächsten Länder sein, dem die Sowjetregierung einen Allianzvertrag vorschlägt? Man glaubt deshalb daran interessiert zu sein, mit den Ländern zusammenzuarbeiten, die bedroht sein könnten. Politische Kreise der Türkei sind davon überzeugt, daß diese Frage bei den Verhandlungen der 18er-Konferenz erörtert wird und daß diese Konferenz zur Zusammenarbeit der westlichen Nationen und der Mittelmeerländer nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet führt.

## Der 18. März

Von Dr. Ernst Müller

Es war in Berlin. Barrikaden türmten sich in den Hauptstraßen hoch. Auf dem Schloßplatz jubelten die Bürger dem König zu. Graf Arnim, der mit dabei war, als die Pariser den Thron Louis Philipps verbannten, hatte seinen Herrn geraten, dem Volk nachzugeben. Ein neuer Landtag, Pressefreiheit, Schwarzrotgold, Preußen an der Spitze eines Volksdeutschlands sollten die Monarchie retten. Aber in den Schloßhof marschierten die verhassten Potsdamer Grenadiere ein. „Militär fort! Soldaten abziehen! Der König steht unter dem Schutz der Bürger!“ — schrie das Volk.

Das war das Signal für den Militärstaat Preußen. Dragoner hieben mit Säbeln auf die Menge ein, die Grenadiere trieben das Volk mit gefülltem Bajonett auf die Barrikaden. Die 400000 Einwohner Berlins hatten ihren Freiheitskampf verloren. Und mit ihnen ganz Deutschland. Draußen standen Arbeiter, Bürger und Studenten — innen der Militarismus und das Junkertum. Die Verbeugungen, die der König vor den Särgen der gefallenen Barrikadenkämpfer machte und der bei der Zere-monie angestimmte Choral „Jesus meine Zuversicht“ bestiegeln die deutsche Tragödie von 1848.

Preußen ist nicht, wie sein romantischer König versprach, in Deutschland aufgegangen, sondern Deutschland wurde gewungen, in Preußen aufzugehen. Die preußischen Könige haben es nie vergessen, daß einer ihres Geschlechtes vor der Freiheitsfahne den Hut zog.

1891 hat Wilhelm II. das als Befehl ausgegeben, was im März 1848 ein Mißverständnis war, wenn er den „Kindern Seiner Garde“ den Eid abnahm: „... Und wenn jemals wieder, wie 1848, das Berliner Volk frech und unbotmäßig werden sollte, dann, davon bin ich überzeugt, werdet ihr alle Unbotmäßigkeit in die Schranken zurückweisen.“

Seine Majestät nahm Bezug auf die sozialistischen Untriebe, sie lenkte den Kurs nach anfänglicher Sympathie mit den „Volksverrättern“ in die bismarckische Linie ein. Die kostbarste Forderung der Märzrevolutionäre, das Mitbestimmungsrecht des Volkes, aus dem so etwas wie eine deutsche Demokratie hätte entstehen können, ist von keinem schärfer abgelehnt worden als von Bismarck.

Das politische Gesetz, unter dem Preußen-Deutschland bis 1918 stand, hieß mit Bismarck: „Die deutsche Einheit wird überhaupt nicht in unseren Kammern, sondern in der Diplomatie und im Felde entschieden.“ Leider sind die Nachfahren der 48er, die Kammerdemokraten aller deutschen Länder, mindestens seit 1900, von der zweiten großen Forderung des März, von der Volksbewaffnung und dem Militärheer abgewichen. Sie beugten sich der Realität und dem Erfolg des Aufstiegs in der liberalen Ära und anerkannten die Vorratschaft des preußischen Militarismus. Er hat zu zwei Weltkriegen und zum Untergang des Bismarckreiches geführt.

Um den Traum eines Volksdeutschlands haben die 48er Poeten das Füllhorn der politischen Freiheitstheorie ausgegossen. Manche sahen auch einen Völkerfrühling blühen. Alte Wunschgestalten noch aus der klassischen Zeit Goethes und Schillers tauchten auf: Die eine gesittete Menschheit, geeint in der Buntheit friedlicher Völker. Mit den Schüssen der Potsdamer Grenadiere sanken sie ins literarische Raritätenkabinett. Nicht die Paulskirche hat gesiegt, sondern die „Münchener Versammlung“ in der Großen Eschenheimer Gasse zu Frankfurt: der Klassen- und Militärstaat.

Und heute? Die Generale mußten gehen, die Klassen sind geblieben. Sie sind nach 1945 erneut entstanden, wie wenn nichts geschehen wäre. Werden sie die deutsche Einheit, werden sie Schwarzrotgold, die Freiheit, zum zweitenmal verhindern? Hat es noch einen Sinn, zu fragen, wofür die Barrikadenkämpfer gefallen sind?

Fast scheint es, als ob an Stelle der Potsdamer Grenadiere die Bürokraten unserer Regierungsmünden und eine neue Tyrannei errichtet. Wird im heutigen Frankfurt Deutschland noch einmal zu Grabe getragen?

Oder bleibt uns nur der nachmärzliche Trost Uhlands:

Wohl werd ichs nicht erleben,  
Doch an der Sehnsucht Hand  
Als Schatten noch durchschweben  
Mein freies Vaterland.

## USA und Fünfer-Allianz

BRÜSSEL. Nach letzten Meldungen wird der Fünferpakt am morgigen Tage in Brüssel von den Außenministern Frankreichs, Großbritanniens und der drei Benelux-Länder unterzeichnet.

In einer Sitzung des Kabinetts der USA wurden, nach Meldungen aus Washington, die Probleme des Brüsseler Fünferpaktes besprochen. Man soll dabei beschließen haben, nach Prüfung der Unterlagen der Allianz Unterstützung zuzusagen. Sobald die internationale Lage gesannt werde und sich der innen- und außenpolitische kommunistische Druck auf Westeuropa noch mehr verstärkte, beschichtige die amerikanische Regierung, vom Kongress den Beitritt der USA zu dieser Allianz zu fordern.

„...schwinden Liebe und Begeisterung“

WIEN. Bei einer Feier, die anlässlich des 100. Jahrestages der Märzrevolution von 1848 stattfand, erklärte der österreichische Bundespräsident Renner vor Mitgliedern der Regierung, des diplomatischen Korps und Vertretern der Alliierten: „Unser Land ist immer noch ein Spielzeug in den Händen der Großmächte. Das endgültige Schicksal unserer ehemaligen Mitbewohner, die unsere Nachbarn geworden sind, ist unsicher, und das Schicksal unseres Staates ist unsicher.“

Dr. Figl führte in einer Rundfunkansprache aus: „Es sind nun bald drei Jahre, daß die Alliierten unter uns wohnen. Sobald sich aber ein solcher Besuch in eine feste Einquartierung verwandelt, schwinden Liebe und Begeisterung.“

WIEN. Gut informierte österreichische Kreise berichten, daß der Umsatz der österreichischen Tabakwaren trotz der Verbilligung und des freien Verkaufs der Zigarettenmarken „Austria“ und „Austria-Spezial“ auf 80 bzw. 80 Groschen das Stück nicht gestiegen ist. Der tägliche Kampf der Tabakregie gegen „Chesterfield“ und „Camel“ werde zu einer Sorge für das Staatsbudget. Die Lager der Schlechtbinder wären unerschöpflich und der Preis der amerikanischen Zigaretten halte mit dem der österreichischen Schritt. Der Staat erleide hierdurch einen Schaden, der bereits in die Millionen Schillinge gehe. Demnach ist aus dem „Kampf des Rauchers um eine Zigarette“ bereits ein „Kampf um den Raucher“ geworden.

Vormärz Idyll gegen heute

BERLIN. „Es ist unerträglich, heute von Freiheit und Einheit zu sprechen. Freiheit gibt es nicht mehr und Einheit ist zu diesem Diskussionsobjekt der Besatzungsmächte geworden. Wir wollen unsere Einheit nicht erkaufen durch Verlust der Freiheit“, erklärte der Vorsitzende der deutschen demokratischen Partei, Dr. Theodor Heuss, auf dem Parteitag der Berliner liberaldemokratischen Partei. „Der Mensch will heraus aus der Willkür und staatlichen Bevormundung. Er will die Sicherung seiner bürgerlichen Rechte. Das war das Anliegen von 1948 und ist es heute noch.“ Der Vormärz allerdings war eine Mythe im Vergleich zu unserer jüngsten Vergangenheit und mit dem, was uns noch bevorsteht.“

Volkskongress — Volksrat-Regierung

BERLIN. Der „Volksrat“, der auf der Sitzung des Volkskongresses am 17. und 18. März in Berlin konstruiert werden soll, könnte sich nach Ansicht Berliner Kongresskreise zu einem Gremium entwickeln, das eines Tages die Grundlage für eine Regierung, die das ganze deutsche Volk vertreten würde. Wann eine solche deutsche Regierung ausgerufen werden und ob dies schon auf dem kommenden Volkskongress in dieser Weisung geschieht, wird nicht diskutiert. In CDU- und LDP-Kreisen, die am Volkskongress teilnehmen, hat man bereits mehrmals dagegen protestiert, daß von SED-Seite von einem „deutschen Parlament“ und dem „Volksrat“ als einer deutschen Regierung gesprochen wurde. Über die Zusammensetzung des „Volksrates“ bestehen gleichfalls Meinungsverschiedenheiten. Die bürgerlichen Vertreter wollen den Ostzonenvertretern 100, den Delegierten der übrigen Zonen 300 Sitze geben, während die SED das umgekehrte Verhältnis fordert.

„So kommt Europa nicht zur Ruhe“

BERLIN. „Wir stehen in der Gefahr, daß Deutschland auf die Dauer in verschiedene Teile von ungleicher wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Gestalt auseinandergerissen wird“, brachten die Vertreter der evangelischen Kirchen Deutschlands in einer Erklärung nach einer Sitzung in Kassel zum Ausdruck. „Kein Volk der Erde kann jemals zur Ruhe kommen, wenn mitten durch sein Land eine willkürliche Grenze gezogen wird durch ein Diktat auswärtiger Mächte. Die Not unserer Heimatlosen, deren Zahl noch ständig zunimmt, wird dadurch immer noch weiter vergrößert.“ „So kommt Europa nicht zur Ruhe. Die Geschichte lehrt, daß gewaltsame Teilungen sich immer verheerend auswirken und echte Befriedigung verhindern.“ In der Erklärung wurde das deutsche Volk aufgefordert, sich trotz „Unfreiheit und unerträglicher Verhältnisse nicht im Willen zu gefälliger Arbeit, stiller Zucht und erlittener Friedebedingungen Irmenachen zu lassen.“ Der Erzbischof von Köln, Kardinal Dr. Frings, ersuchte in einer Rede die Westmächte, die Demotagepläne noch einmal zu überprüfen.

Märzsturm in Württemberg

Was im Monat März in Württemberg vor hundert Jahren geschah, mag denen recht geben, die behaupten, 1948 sei nicht einmal als Episode in der Geschichte der Revolution ernst zu nehmen. Da nicht viel begonnen, ist auch nicht viel verhindert worden. Die Stürme brausten nur in den Venen der Sänger, politische Ideen hatten nur ein paar Professoren, Schriftsteller und Kammerdemokraten — das Volk in allen seinen Schichten dagegen trat selbstständig kaum in Erscheinung. Es war nicht aufgekühlt, ohne höheres Interesse und mit der bescheidenen Monarchie im ganzen wohl zufrieden. Klagen und Unzufriedenheit gibt es zu allen Zeiten. Auch die die in Württemberg sich auf den alten ständischen Oppositionsgeist beriefen und sich wie Ulm und seine Schüler um die Einheit Deutschlands und die Früchte von 1813 betrogen fühlten, waren stramme Partikularisten, wenn es galt, das angestammte Fürstentum zu verteidigen und dem Einzelstaat zu erhalten. Was die Volksvertreter bei uns und sonstwo in deutschen Staaten hatten, war lediglich das allzu sichere Gebären der Fürsten, ihre Berufung auf die Auserwähltheit und ihren Ruf nach Militär, Polizei und Zensur. Das vertrat sich nicht mit der Verfassung und einem fortschrittlichen Leben. In Württemberg kam dazu noch die Union der orthodox-pietistischen Landeskirche mit dem Thron, die freisinnige Gemüter wie Vacher und Strauß in heftige Fäden verwickelt hatten, wobei sich die Kirche bei den Intellektuellen zwar lächerlich machte, aber bei Bauern und bürgerlichen Philistern neue Anhänger gewann. Als 1848 der berühmte Staatsrechtler Robert Mohl wieder einmal an der unständlichen Landesverwaltung Kritik übte, hat man ihn nach Ulm versetzt.

Mit dem Schlagwort „Gewissensfreiheit“, Recht auf freie Wahlversammlungen, Schaffung einer Miliz durch Volksbewaffnung, Erhebung von Schöffengerichten, Wahlrecht aller Steuerpflichtigen, Abhebung der alten Feudalsteuern usw. hatten die schwäbischen Abgeordneten wohl Zündstoff in die Massen geworfen, aber eine geschickte Taktik des Königs und seiner Regierung hat vieles davon neutralisiert oder als berechtigt anerkannt. In dem einmaligen freien Reichstagen des Landes ist nicht mehr von allzu heftigen Ansprüchen an ein „einstiges Reich“ stärker lebendig geblieben als in den Landständischen Altväterbüchern, dessen Untertanen mit dem Reichsge-

Die neue Wirtschaftskommission der Ostzone

Parallelstück zu Frankfurt / Stellungnahme des Auslands

BERLIN. Der stellvertretende Vorsitzende der neugebildeten Wirtschaftskommission für die Ostzone, Bruno Leuschner, erklärte bei einem Interview, die deutsche Wirtschaftsmission in der Sowjetzone sei ein Planungs- und Wirtschaftsorgan, das für die Durchführung aller Aufgaben der Rohstoffbeschaffung, Produktion und Verteilung zu sorgen habe, höhererwert aber mit einer Regierung oder regierungsmäßigen Institutionen zu vergleichen sei. Sie hätte den Auftrag, neben der wirtschaftlichen Planung den reibungslosen „operativen Ablauf“ sicherzustellen. Die privaten Betriebe seien zwar auch in die Planung mit aufgenommen, könnten jedoch nicht direkt geleitet werden. Die Neuzugang sei von großer Bedeutung für die Koordinierung der Landeswirtschaft in der Ostzone und für die Überwindung des Länderregionalismus. Es bestehe nicht die Absicht, die Kommission mit den Organisationsformen des „Volkskongresses“ zu koppeln. Eine gesamtdeutsche Lösung der Wirtschaftsprobleme werde aber für dringend nötig gehalten, vor allem bei der starken Abhängigkeit der Ostzone von den Lieferungen des Westens, der seinerseits wiederum der Zufuhr aus der Ostzone bedürftig. Die Befreiung des Handels von den Hemmnissen der Zollgrenze müsse ermöglicht werden. „Eine Ostzonenregierung wird es niemals geben.“ Die französische Zeitung „Le Monde“ äußerte sich zur Bildung der Ostzonen-Wirtschaftskommission: „Im gleichen Augenblick, in dem die sowjetische Regierung ihren Protest gegen die Londoner Konferenz erhob, schuf sie in ihrer Besatzungszone eine Wirtschaftskommission, die das Gegenstück zu dem für die Westzonen geschaffenen Frankfurter Wirtschaftsrat ist.“

Nach Ansicht der Berliner Zeitungen näherte sich diese Einrichtung unverkennbar den in der Sowjetunion getätigten Plänen. Man müsse sich fragen, ob die UdSSR die Absicht habe, in der Ostzone ein zur Hälfte oder zu drei Vierteln kommunistisches Regime zu errichten. „Wenn nicht, warum erklärt sie das nicht? Welche wirtschaftlichen und sozialen Reformen gedenkt sie für ganz Deutschland zu fördern? Ist es eigenartig, daß man noch nie von einer Diskussion der vier Alliierten über diesen Punkt gehört hat, in wäre immerhin wesentlich, daß er geregelt würde, wenn es zu einem Viererabkommen über Deutschland kommen soll. Ohne ein solches Abkommen über das wirtschaftliche und soziale Regime Deutschlands wird es zwangsläufig zwei Deutschland geben, die, wie man sie auch immer nennen mag, zwei Regierungen haben werden.“

In der „Times“ wird von englischer Seite festgestellt: „Diese Koordination wird wahrscheinlich die soziale und wirtschaftliche Umgestaltung beschleunigen und den Gegensatz zwischen Ost- und Westdeutschland noch verstärken.“ Zweitens werden die Sowjets ihre Wirtschaftskommission eines Tages zu einer kompletten Regierung erweitern, wenn sie eine solche Maßnahme für vorteilhaft und dem Augenblick für gekommen halten. Die Teilung Deutschlands ist eine so gut wie vollendete Tatsache.“

Nachrichten aus aller Welt

MANNE. Am Freitag traf der erste „Freundschaftszug“ mit amerikanischen Spenden für die französische Zone in Mainz ein.

NEUSTADT. Die Sonderprüfungskommission Hessen des Innenministeriums Neustadt hat den Erfinder der Zellwolle, den früheren Staatsrat Dr. Walter Schiele, zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt.

MÜNCHEN. In einem Zug nach Buchhagen sind vier Personen in der Notbremse, um bei seiner Wohnung aussteigen zu können. Vorher hatte er ein Brennstoff in einem Briefumschlag mit dem Behälter zu erwartenden Geldstrafe befestigt.

MÜNCHEN. Eine 102 Jahre alte Pflanzlingsfrau erhielt die Bausparbescheinigung, weil das zehnjährige Wirtschaftsjahr das Geburtsjahr 1846 wesentlich in 1946 umgedeutet hatte.

MÜNCHEN. Die US-Militärregierung Bayerns hat den Plan der bayerischen Kirchen und der Regierung, allen Insassen von Internierungslagern sowie die nicht Hauptverdächtige oder rechtskräftig verurteilte, einen Osterurlaub von 15 Tagen zu gewähren, zugestimmt. Dies gilt nur für Internierte, die in Bayern beheimatet, verheiratet sind und Kinder haben.

NÜRNBERG. Die Nürnberger Verteidiger Dr. Achenauer und Dr. Seidl haben in ihrer Eingabe an die Militärgerichte die Aussetzung aller Urteile verlangt, bis eine Entscheidung über die Zuständigkeit der Kontrollratsgesetz Nr. 10 für die Verfahren getroffen ist. Sie fordern Aufhebung dieses Gesetzes auf Grund des Scheiterns der Londoner Konferenz.

FRANKFURT. Eine ständige Angestellte des Frankfurter Wirtschaftsbüros soll dadurch, daß sie beim Markenbrotbäcker Bogen, die mit Tabakmarken beklebt waren, an die Händler zurückgab, in den letzten zwei Jahren 5 Millionen Zigaretten der Verteilung entzogen haben. Bei einer Hausdurchsichtigung konnte ein beträchtliches Warenlager beschlagnahmt werden. Gefunden wurde eine Anzahlliste von 800 Tabakhändlern, mit denen sie ihre Geschäfte tätigte.

FRANKFURT. Der Mitarbeiter des Fettschmelzwerks der Eisenwerkungsanstalt, Georg Kirchweh, der sich durch das Angebot von 1 Pfund Schwefelgeschmelze einem Flugplatz nach Berlin verschaffen wollte, ist von seinem Posten beurlaubt worden.

HANNOVER. Der Gouverneur von Niedersachsen hat den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Heinrich Kopf mit der Neubildung der Regierung in Niedersachsen beauftragt.

BERLIN. Auf Anordnung der Alliierten Kommandantur müssen sämtliche ehemaligen Mitglieder der NSDAP ihre Kennkarte mit einem Sonderstempel versehen lassen.

BERLIN. Die Dollarschlüsselnurten Oswald Bauer wird, wie sie erklärte, eine amerikanische Spionade betreten, um in den Besitz ihrer Krebschiff zu gelangen. Sie besitzt die Meldungen von ihrer Verlobung mit einem Deutschen.

BERLIN. Die sowjetische Militärregierung hat in ihrem Sektor den Anschlag von Plakaten für die Jahrhundertfeier der deutschen Revolution von 1848 am 18. März verboten. Die amerikanische Militärregierung wiederum verbietet die Plakate für den danken nichts anzufangen wollten. Es blieb der Aufklärungsarbeit der Demokraten überlassen, die schlafenden Gewissen für eine Wertschätzung des deutschen Parlamentes zu wecken.

Ulrichs Tübinger Adresse, Friedrich Bömers Forderungen in Stuttgart, Vichers Besetzung Baden ist von einer großen Zahl von Bürgern zugestimmt worden, doch das spielte sich alles im Rahmen des gesetzlichen Rahmens ab und ging nicht über das Niveau von Wahlversammlungen hinaus, die es seit Jahrzehnten in Württemberg gab. Man kann sich nicht sagen, daß die revolutionären Februarereignisse in Paris, das aktive Eingreifen von verschiedenen Arbeitermassen, der Sturz der Monarchie in Frankreich die Württemberg in Jubel versetzt hätten. Im Gegenteil. Der König, freisinnig, Liebhaber Vorkämpfer, vernünftig und klug, distanzierte sich nicht ungen von seinem reaktionären Hofstaat, als die Gefahr von jenseits des Rheins ankroch. Er erinnerte sich seiner Jugendpolitik und seines damaligen Eintretens für ein einiges Deutschland. Bevor es zu stärkeren Spannungen kam, bot er die Opposition auf seine Seite. Er entließ die alten farblosen reaktionären Beamtenminister. Der Anlauf einer revolutionären Bedrohung der herrschenden Schichten durch Bauern, Studenten, Arbeiter und Bürger war durchgedrungen im Keime erdrückt. Überall blühten — statt einer Besitzergreifung der Regierungsgewalt — durch das liberale Parlament — Vaterlandsvereine in Württemberg auf, in denen sich die Unruhe des Volkes ausleben konnte. Der König wurde plötzlich wieder, wie 1848, der populäre Mann im Lande und von beglückten Dankadressen seiner Untertanen als der Retter des Vaterlandes vor den Gefahren einer französischen Revolution gefeiert. Die soziale Frage spielte in Württemberg noch kaum herein, wenn man sich gelegentlich bürgerliche Kameradschaften und Proteste als „Kommunisten“ verdächtig zu brandmarken versuchte. Was an verarmten Schichten herantret, waren hundert gewöhnliche Handwerker und Kleinbauern, die vom väterlichen Erbe nicht mehr leben konnten. Sie alle hatten kein politisches Bewusstsein und reagierten auch nicht auf die Mißwirtschaftungs- und Volkrecht der intellektuellen Politik. Gelegenheit zur Vertastung von Fabriken, zu sozialen Experimenten war in dem überreguliert agrarischen Württemberg nicht vorhanden. Wenn ein Brand auf Besetzung hoffen wollte, so waren es die Bauern. Aber in Alt-Württemberg blieben sie untertan.

Wahlkampf in Bayern hat begonnen

MÜNCHEN. In Bayern hat der Wahlkampf für die am 23. April stattfindenden Gemeindevahlen begonnen. Der stellvertretende bayerische Ministerpräsident und Landesvorsitzende der CSU, Dr. Josef M. Hiltner, erklärte auf seiner ersten Wahlversammlung, die CSU werde mit allen Mitteln gegen Separatismus und Zentralismus ankämpfen. Er würde ein unüberschaubares Unglück bedeuten, wenn die Bayernpartei den Sieg erringen würde, Bayern sei allein niemals lebensfähig. Die SPD will mit dem Wahlkampf erst Anfang April beginnen, dann aber eine Reihe von politischen Vertretern aller Länder einsetzen, so neben Dr. Schumacher auch den Justizminister von Württemberg-Rohmstedern, Prof. Dr. Schmid.

AUS DER WIRTSCHAFT

Die deutsche Schmierstoffindustrie

schmierstoffverbrauch früher und heute  
ILKE. Bei der Industrieproduktion der Vorkriegszeit (Stichtag 1939) stellte sich der jährliche Schmierstoffverbrauch in Deutschland auf rund eine halbe Mill. Tonnen. Davon entfielen circa 300 000 Tonnen auf das Gebiet der heutigen Bizone. Der jetzige Jahresverbrauch der Bizone in Bezug auf den Schmierstoffverbrauch wird auf rund 120 000 Tonnen, also etwa 40 V. H. des früheren Verbrauchs beziffert. Die Schmierstoffverbrauchswachstum sind ein Gradmesser der gesamtindustriellen Kapazitätsausnutzung, das Absinken der Industrieproduktion müßte also notwendigerweise in demselben Maße ein Absinken des Schmierstoffverbrauchs bewirken.

Die Bedeutung der Schmierstoffindustrie

Welche Bedeutung der Schmierstoffproduktion im Rahmen der gesamten Industriewirtschaft beizumessen ist, erhellt aus der Tatsache, daß der Produktionsstand auf dem Schmierstoffsektor für die gesamtindustrielle Produktion wie für die Volkswirtschaft eine nicht minder große Rolle spielt wie die Belieferung mit Kohle, Stahl, elektrischem Strom und Kraftstoff.

Produktionsorgen

Während die gegenwärtige Produktionsziffer der deutschen Erdöl- und Schmierstoffproduktion mit rund 100 000 Tonnen der Nachfrage völlig entspricht, vermag z. B. die Produktion von Benzol, Dieselöl und Petroleum den Bedarf nur zu einem Drittel zu befriedigen.

Die Kronjuwelen

Im Glanz war im grünen Saal zu Bebenhausen. Er ging von der Krone der Könige von Württemberg aus. In ihren geschwungenen Goldreifen blitzten Hunderte von Brillanten, unterbrochen von einem Kranz tiefblauer Smaragde, dem Geschenk des Zarenhofes, dem Friedrich I., der die Krone anfertigen ließ, war der Schwager des Großfürsten Paul von Rußland. Auf ihrem Scheitel sitzt ein goldener, durch ein Brillantenkranz erhobter Reichsapfel. Größer als der in die Million Dollar gehende Geldwert ist ihr historischer Symbolwert. Für uns heute das kostbare Juwel der Einheit des Staates Württemberg. Damals, es war im Jahre 1806, wurde das heutige Staatsjubiläum Württemberg geschaffen.

Föderalismus von innen gesehen

Ex-Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner, einstens CSU, jagt maßgeblich in der Bayern-Partei, hat jüngst in einer Münchner Zirkus-Krone-Versammlung (er war überfüllt, wie immer bei solchen Leherbissen) folgende Forderungen erhoben: Gleichzeitigkeit für Bayern, wie Österreich sie hat, Abperrung der bayerischen Grenzen, Ausweitung von 400 000 Preußen um Baumgartner leistete schon bei der Bekämpfung der Frankfurter Bizonenverwaltung Erleichterung — er wolle, was er sich als bayerischer Minister schuldig war.

Was geht das uns eigentlich an? — In einer Beziehung sehr viel, ganz abgesehen davon, daß diese unpolitische Art, sich von der Begleichung der Schuld des NS-Jahrtausends drücken zu wollen, schon zu verurteilen ist. Wer will es uns verdonnern, wenn wir heftige Bedenken gegen jede Form von extremem Föderalismus anzumelden für notwendig halten, gerade weil die Entscheidung über die häufige deutsche Staatsform von außerhalb getroffen wird. Was sich im letzten Jahr in der Bizone um Länderregime zeigte, müßte eigentlich spüren, um jeden davon zu überzeugen, daß Föderalismus in Deutschland weiterhin mit Separatismus gleichzusetzen ist, bzw. darin mündet.

Selbst in den demokratischsten der demokratischen Länder geht der Einfluß der Länder, Kantone, zweiten Kommern zurück. Die Teile müssen sich dem Ganzen unterordnen, es geht nun einmal nicht mehr anders. Wozu noch käme, daß die Sicherheit der Nachbarn nicht von Föderalismus, Partikularismus, Separatismus oder Unitarismus abhängt, sondern vom Willen zur Verständigung. Der aber gelehrt, wo den Lebensrecht der Völker Rechnung getragen wird, Separatistischer Föderalismus wenig nur neuerlichen nationalistischen „Länder-Chauvinismus. So viel lehrt Baumgartner, „Blau-Weiß“!

Wahlkampf in Bayern hat begonnen

MÜNCHEN. In Bayern hat der Wahlkampf für die am 23. April stattfindenden Gemeindevahlen begonnen. Der stellvertretende bayerische Ministerpräsident und Landesvorsitzende der CSU, Dr. Josef M. Hiltner, erklärte auf seiner ersten Wahlversammlung, die CSU werde mit allen Mitteln gegen Separatismus und Zentralismus ankämpfen. Er würde ein unüberschaubares Unglück bedeuten, wenn die Bayernpartei den Sieg erringen würde, Bayern sei allein niemals lebensfähig. Die SPD will mit dem Wahlkampf erst Anfang April beginnen, dann aber eine Reihe von politischen Vertretern aller Länder einsetzen, so neben Dr. Schumacher auch den Justizminister von Württemberg-Rohmstedern, Prof. Dr. Schmid.

Basaltföhrer

aus der Ostzone nach Westdeutschland verboten  
BERLIN. Die Einfuhr von Basalt aus der sowjetischen Zone nach Westdeutschland ist verboten worden. In dem internationalen Warenverzeichnis für 1948 sind keine Basaltföhrer mehr vorgesehen. Die Herausgeber und Schriftleiter: Will Haase Heidecker, Dr. Ernst Müller und Alfred Schwager, Weisener Mitglieder der Redaktion: Dr. Helmut Kieckers und Joseph Klugehoff.

„Festliche Ostertage Ravensburg 1948“

Auch in diesem Jahre veranstaltet Ravensburg als Mittelpunkt Oberschwabens die „Festlichen Ostertage“, eine Folge von Ausstellungen, Theateraufführungen, Konzerten und Vorträgen. Die Festwochen beginnen am 28. März mit einem Vortrag des Direktors des Württembergischen Landesmuseums in Stuttgart, Prof. Dr. Julius Baum; am 31. März werden die Ausstellung der „Oberschwäbischen Besetzung“ und eine Ausstellung „Alte Kunst aus oberschwäbischen Privatbesitz“ eröffnet werden. Wie im Vorjahr beginnt die Reihe der Konzerte mit einer Aufführung der „Matthäuspassion“ von Bach mit Karl Erb als Evangelisten und unter Mitwirkung des Ulmer Sings, Oudstera. Weiter sind vorgeschoben Konzerte des Ravensburger Orchesters, des Söllerbundes, des Reutlinger Sinfonieorchesters unter Orchester, des Dreißiger Streichquartetts und der Grünhäger Domkapelle. Ferner werden das Württembergische Staatstheater in Stuttgart mit Hermine Körner, das Stuttgarter Neue Theater, das Junge Theater in München, das Schauspielhaus Tübingen-Reutlingen, das Hohemollerische Landesheater Sigmaringen, die Stadt Bühne Ulm und die Württembergische Musikschule in der Zeit vom 28. März bis 18. April in Ravensburg gastieren.

Die Stephanskronen, die im Jahre 1946 in amerikanische Hände fiel, soll nicht an Ungarn zurückgegeben werden. Die Krone, mit der im Jahre 1885 der H. Stephan zum König von Ungarn gekrönt worden war, wird dem Vatikan übergeben werden.



Aus der letzten Sitzung des Calwer Gemeinrats

Beschluß über die Verteilung der Amerika-Spende - Verständnis für die Wohnraumerlassung ist notwendig. Die schon wiederholt erwähnte Amerika-Spende, welche unserem Landsmann Adolf Schauer zu verdanken ist, kommt nun zur Verteilung. Es sind 840 Kg. Mehl und ebensoviel Zucker (das Fett ist bis jetzt noch nicht eingetroffen). Nach Beschluß des Gemeinrats erhält... alle Altersklassen über 60 Jahre pro Kopf 750 Gr.; in Frage kommen 1000 Personen. Der verbleibende Rest von 45 Kg. Mehl ist für das Kinderfest, das am 21. Juni begangen wird, zur Verfügung. Bei dem Mehl waren für die Kinder von 0-10 Jahren, es sind 1200, 600 Gr. pro Kopf vorgesehen; hier wurde dem Antrag eines Mitglieds des Gemeinrats in der letzten Sitzung dahingehend zugestimmt, daß auch die Einwohner über 70 Jahre eine Zuteilung erhalten sollen, deren Höhe noch festgesetzt werden soll. Dadurch ermäßigt sich das Quantum für die Kinder auf 500 Gr. Ein verbleibender Rest soll ebenfalls dem Kinderfest zugute kommen. Fest steht, daß die Zuteilung dieser hochwertigen Nahrungsmittel Freude und Dankbarkeit auslösen wird. Eine wenig dankbare Aufgabe ist die der Wohnraumerlassungen; auch in der letzten Sitzung mußten wieder eine Anzahl Einsprüche dagegen behandelt werden. In einer grundsätzlichen Stellungnahme dazu wies Bürgermeister Blesing darauf hin, daß damit einer gesetzlichen Bestimmung entsprochen wird mit dem Zweck, Vorbereitungen zur Unterbringung für etwa zu erwartende Ausreisende zu treffen. Die Tatsache, daß der Kreis Calw und besonders unsere Kreisstadt unter normalen Verhältnissen über nur wenig überschüssigen Wohnraum verfügt, mag vielleicht berücksichtigt werden; dies enthält jedoch keinesfalls von der gemachten Auflage. Die Zuweisungen anderwärts sind unserer Bevölkerung wohlbekannt und es wird deshalb um Verständnis für die Maßnahme gebeten. Im übrigen sei wiederholt darauf hingewiesen, daß diese vorbeugend durchgeführt wird; alles weitere hängt von der Entwicklung der Frage der Unterbringung der Ausreisenden ab. Aus den hier angeführten Gründen ist es deshalb zweckmäßig, mit Einsprüchen gegen Wohnraumerlassungen sehr zurückhaltend zu sein. Anträgen auf Unterstutzung der Studenten-

Arbeitsminister Wirsching in Calw Auf einer am Samstag in Calw abgehaltenen Besprechung des Sozialausschusses der CDU für den Kreis Calw sprachen Arbeitsminister Wirsching und Landtagsabgeordneter Dreher. Hierin waren die Orts- und Bezirksverbände der Arbeitnehmerschaft, der Beamtenschaft und der kaufmännischen Angestellten erschienen. Der Arbeitsminister behandelte in großen Zügen die wirtschaftliche Lage und insbesondere die Situation in Deutschland unter Heranziehung der heute vorliegenden sozialpolitischen Probleme, während Landtagsabgeordneter Dreher den Standpunkt der CDU auf bestimmten Gebieten der Sozialpolitik präziserte. Stellung wurde namentlich genommen zu den Einheitsgewerkschaften unter Berücksichtigung der Neubildung der Beamtengewerkschaft. Weiter kam die Vorstandswahlen in den Berufsverbänden, die Frage der Kreisartelle, Betriebsräte und Krankenkassenwahlen u. a. m. ausgiebig zur Sprache. Schließlich wurde die Organisation des Sozialausschusses im Kreis besprochen. Die Vermählung war von dem entschlossenen Willen der CDU getragen, dafür zu sorgen, daß auch auf dem sozialpolitischen Gebiete gemäß dem Programm der CDU vorgegangen wird und die Partei den Einfluß erhält, den sie beanspruchen kann. Vortrag über Schädlingbekämpfung. Kreisamtsrat Weis spricht am 24. März, 20 Uhr, im Saalhaus Weis über das Thema: „Die Schädlingbekämpfung im Obst- und Gartenbau“. Anschließend finden Vorbesprechungen über die Gründung eines Obst- und Gartenbauvereins in Calw statt. Das Bürgermeisteramt lädt die Landwirte, Obstbauern und Kleingärtner zu dieser Versammlung ein.

Arbeitsminister Wirsching in Calw (continued) ...

Blick in die Gemeinden Allbürgermeister Michael Nonnenmann, Zavelstein Vor einer Woche wurde Allbürgermeister Michael Nonnenmann zu Grabe getragen. Noch vor etwa sechs Wochen fand im Gasthof zum „Lamm“ eine schlichte Geburtstagsfeier für den damals 80-jährigen statt. Einer kurzen, aber schweren Krankheit erlag der verdienstvolle Mann. Seine Persönlichkeit war weit über die Grenzen des Kreises Calw hinaus bekannt und geschätzt. In ihm verlor Zavelstein auch einen großen Naturfreund und Förderer des Fremdenverkehrs. Am 12. März feierte Frau Barbara Stückel, Witwe, ihren 70. Geburtstag. Am 16. 3. Frau Christine Rupp, Witwe, das 77. Wiegenfest. Ebenfalls vollendet am 29. März Metapremier Jakob Prommer sein 77. Lebensjahr. Alle Jubilare sind noch wohlant. Aus französischer Kriegsgewaltenshaft kehrte zurück Gotthilf Prommer, aus amerikanischer Hauptlehrer Friedrich Merkle.

Blick in die Gemeinden (continued) ...

Nagolder Stadtchronik Konfirmiert wurden heute 58 Kinder, und zwar 33 Söhne und 25 Töchter. Der „Liederkreis“ Nagold tritt am 25. April mit einem Frühjahrskonzert vor die Öffentlichkeit. Umfängliche Vermessungen, die mit der Nagoldkorrektur im Zusammenhang stehen, fanden in den letzten Tagen statt. Sie dienten nicht nur langstehenden geodätischen Feststellungen, sondern auch der Erschließung neuer Industriegebiete. Am Kriegsgewaltenschafter rückwärts: Walter Röllert, Müller, Erwin Burkhardt, städtischer Arbeiter; Alfred Lieber, Goldschmied; Erwin Wiedler, Kaufmann; Emil Bäuerle, Auto-mechaniker; Theodor Herzkorn, Zimmermann; Emil Schaber, Bäckermeister; Heinz Bodamer, Landwirt; Karl Eistetter, Schneider; Iselshausen, Paul Böttger, Kraftfahrer; Peter Jost, Kaufmann.

Nagold auf der Leipziger Messe Auf der Leipziger Messe stellten diesmal die Schwarzwalder Lederkollern- und Hartemittelfabrik C. H. Braus (Hartemittel) und Adolf Hillele (Bau- und Möbelbeschläge) aus und fanden damit viele Beachtung. Postverkehr wieder normal Allen Schwierigkeiten zum Trotz ist es der Post gelungen, den Brief- und Paketverkehr wieder normal zu gestalten. Wie aus dem Postamt Nagold mitteilt, werden bis am Nachmittage gegen 2.30 Uhr mit diesem Amt aufgegebenen Poststücken am nächsten Tage in Stuttgart, Heilbronn, Ulm und den größeren Gemeinden Württembergs ausgetrennt. Briefe nach und von Köln kommen innerhalb zweier Tage an. Die Post nach Hannover braucht drei Tage, bis sie zugestellt wird.

Nagolder Kammerspiele Der Freigeist, ein Jugendwerk Lessings, das größten deutschen Kritikers und poetischen Genetüßers unter den Klassikern, dessen Grundregeln heute noch gelten, wurde vom Städtischen Schauspielhaus Tübingen vor gut besetztem Hause in Nagold gegeben. Die Darsteller und Darstellerinnen lebten ganz in den Intentionen des Frei denkers Lessing, des Dichters eines Lustspiels, das nicht für, sondern auf die Freidenker geschrieben ist, in dem unter kräftigen Seitenhieben auf niedrige, von bloßer Gemeinart, Spottsucht und Bequemlichkeit geleitete Freigeisterei ein Frei denker von Unoldsdankheit und Geringachtung gegen die Theologen belehrt wird. Die Mitwirkenden strebten mit dem Dichter aus jugendliche Scherzen und lockeren Späßen über moralische Episteln hinweg zur freieren Höhe düsterer Menschensiebe empor. Der Beifall war reich und verdient.

Nagolder Kammerspiele (continued) ...

Nagolder Stadtchronik (continued) ...

Familiennachrichten Eihhausen, 15. März 1948. Meine Wege sind nicht eure Wege u. meine Gedanken sind nicht eure Gedanken, spricht der Herr. So war es auch sein unerforschlicher Rat-schick, daß mein lieber Mann, unser guter, unvergesslicher Vater, Schwiegersvater und Großvater Jakob Hiltl am Mittwoch den 10. 3. 48 nach arbeitsreichem, mühevollen Leben überraschend im Alter von 69 1/2 Jahren aus unserer Mitte getreten wurde. Wir haben unseren lieben Entschlafenen am 13. März zur letzten Ruhe gebettet. Für alle Beweise herzlicher Teilnahme, die tröstlichen Worte am Grabe, dem Kirchenschor und Musikverein, sowie Bürgermeisters Schötle, für die vielen Blumenopfer und das letzte Geleit sagen wir herzlichsten Dank in stiller Trauer: Die Gattin: Katharina Hiltl, geb. Brezing, mit Kindern und Angehörigen.

Familiennachrichten (continued) ...

Antliche Anzeigen Amtsgeschäft Nagold. Handelsregistertrag vom 5. März 1948. Veränderung: HR A. Nr. 43: Firma Reinhold Mayer, Altsenstg. Das Geschäft hebt Firma Ht auf Hildegard Dinkelacker in Altsenstg. übergegangen.

Antliche Anzeigen (continued) ...

Wegen Verletzung meines Mädchens wird auf sofort oder 1. 4. 1948, evtl. später, schriftlich, anständiges Mädchen in guten Hausstand gesucht. Gute Verpflegung und Behandlung sowie Bezahlung zugesichert. Kochen und Nähen kann erlernt werden. Altsenstg. oder Fröhenberg wird Heimat geboten. Kalkwerk Reinhold Rausser, Nagold, Tel. 339. Mädchen, solid, ordentlich, für Küche und Haushalt sucht Kurkel Hirsau. Wohnung u. Essen im Hause. Angebote an die Hausverwaltung erbeten. Mädchen, orient., feil, auf 1. 4. od. später für kl. Geschäftshaus-halt gesucht. Gute Bezahlung, Behandlung und Verpflegung v. zugewandert. Angebote u. C 4133 an Schw. Tagblatt Calw.

Wegen Verletzung meines Mädchens (continued) ...

Tiermarkt Lohnbrutt Annahme am 17. März, ab 22. 3. jeweils jeden Donnerstag Montag. Paul Maier, Landwirt, Calw, Calwer-Hof 1. Dachshunde, vier 10 Wochen alt, rasserin, ohne Stammbuch, verkauft. Ernst Pricker, Mötilingen, Hauptstraße 91. Salz- und Federschneuzer, einige schöne, 7 Wochen alt, hat zu verkaufen. Jakob Koller, Bleslebergr.

Tiermarkt (continued) ...

Stellengesuche Kin. Angestellter, 28 J., m. Kenntniss in Buchh., Kassenz., Rechnungs-, Maschinen- u. Kurzschr., gewandt im Umgang d. Kundschaft, sucht Stelle in Calw oder Umgebung. Angebote u. C 4191 an Schw. Tagblatt Calw.

Stellengesuche (continued) ...

Tausch / Geboten Damenrad, o. Borelli, Schenk-kasten, kpl., mit Glasrädern, abzugeben. Daselbst Schreibmaschine, Radio oder dergl. gesucht. Angebote unter C 4198 an S. T. Calw.

Tausch / Geboten (continued) ...

Zwillingsportwagen; ges. Kleider-stoff. Bote H.-Halbschuh, Gr. 40, ges. K.-Schuhe, Gr. 38. Aquila-Gesch.-St. d. S. T. Calw. Herr-Rohrstiel, gut erh., Gr. 43, ges. H.-Halbschuh, lern., Gr. 45. Ausk. Gesch.-St. d. S. T. Calw. Pfaff-Nähmaschine, sehr gut erh., alt. System, ges. Dam.-Fahrrad, fahrbereit, ebenf. gut erh. Ang. unter C 4157 an S. T. Calw. Nähmaschine, gut erh., ges. kupp. Waschkessel, Gobot, Tafelobst, ges. Arbeitsanzug oder Stoff und Kinderstrümpfe, ebenso Nagel-scher Größeln, Wer. sagt die Geschäftsstelle des S. T. Calw. Matratre, dentall., neu, ges. Chaiselonne oder Bettrost. Angebote u. C 4162 an S. T. Calw.

Zwillingsportwagen (continued) ...

Verschiedenes Einfache Greivierarbeiten in An-nahmepersonen und Rippen (Stütz) lau-fend zu vergeben. Graveure werden um ihr Angebot gebeten u. C 4184 an Schw. Tagblatt Calw. Briefmarkensammler sucht 1. Aus-gabe franz. Zone, komplett; bieste selbst ganz gute andere Marken. Andernfalls Preisangebot an U. Fusch, Nagold, Langstraße 8. Kinderbetischen 100 cm lang, weiß, mit Matr. u. K.-Stücken abzug. Ang. u. C 4132 an S. T. Calw. Foto-Vergrößerungen in Color od. schwarz-weiß (Koblen) von der allbekanntesten Münchener Foto-Kunstanstalt. Lieferzeit: 4 bis 6 Wochen längstens! Schreiben Sie heute noch, oder kommen Sie zu mir Annahmestelle für Foto-Vergrößerungen: Gy. Schmidkonz, Calw, Lederstraße 55. Verloren in Calw oder BfH. Calw d. hiesiger Lederhandschuh. Rück-gabe gegen gute Bel. erb. an die Geschäftsst. des S. T. Calw. Grundlicher Unterricht in Franzö-sisch, Englisch, Russisch. Gute Übersetzungen bei Privatprach-lehrer Fritz Otto Hofmann (von der Mil.-Reg. zugewandert), Hohl am Neckar, Marktstraße 5. I. Telefon Hoch 355. Mignon-Schreibmaschine oder ge-bräuchliche guterhalten. Schreib-maschine zu kaufen gesucht. An-gebote unter C 4161 an Schw. Tagblatt Calw.

Verschiedenes (continued) ...

